



## Ergänzungsvorlage zur Sitzungsvorlage 2021/185

FB / Aktenzeichen		Vorlage	Datum
I/41	öffentlich	2021/185/1	23.11.2021

BERATUNGSFOLGE					
Gremium	Termin	Beratungsergebnis			
		EST	Ja	Nein	Enth.
Bildungs-, Generationen- und Sozialaus- schuss	02.12.2021				

**Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen  
für das Jahr 2022  
- Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben**

### **Beschlussvorschlag:**

Ein Beschlussvorschlag wird nicht unterbreitet.

### **Gleichstellung:**

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja [ **X** ] nein [ ]

[ **X** ] Die Gleichstellungsbeauftragte ist beteiligt worden.

### **Sachdarstellung:**

#### **Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben**

Die FDP-Fraktion beantragt im Rahmen erforderlicher Maßnahmen zur Schulwegsicherung Aufwandsausgaben in den Haushalt 2022 für die Errichtung einer Bedarfsampel an der Kreuzung Johannes-Poggenburg-Straße/Hauptstraße einzustellen. Die Begründung kann dem als Anlage 1 beigefügten Schreiben vom 18.11.2021 entnommen werden.

Grundsätzlich hätte aufgrund der Produktzuordnung (12.01.01 – Bau von Straßen, Wegen, Plätzen und sonstigen Verkehrsanlagen) eine Beratung in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses zu erfolgen. Vor dem Hintergrund, dass es sich um eine Maßnahme zur Schulwegsicherung handelt und diese Thematik in vorangegangenen Sitzungen auch im Bildungs-, Generationen- und Sozialausschuss geführt wurde, schlägt die Verwaltung die Erörterung in diesem Ausschuss vor.

In den Jahren 2019 und 2020 wurde aufgrund von Anträgen verschiedener Fraktionen die Thematik Schulwegsicherung in mehreren Sitzungen erörtert. Zur möglichen Errichtung eines beantragten Fußgängerüberweges im Bereich der Querungshilfe Johannes-Poggenburg-Straße/ Hauptstraße haben Vertreter des Straßenverkehrsamtes des Kreises Warendorf in der Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses am 11.02.2020 Stellung bezogen. Ein Auszug aus der Stellungnahme ist dieser Sitzungsvorlage als Anlage 2 beigefügt.

Im Februar 2021 hat das Straßenverkehrsamt nach Rücksprache mit Polizei und Landesbetrieb Straßenbau NRW eine erste Einschätzung zur Möglichkeit der Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage abgegeben:

„Bereits vor gut einem Jahr wurde die Verkehrssituation im o. g. Kreuzungsbereich aufgrund eines Antrags auf Einrichtung eines Fußgängerüberweges geprüft. Unabhängig davon, dass ein Fußgängerüberweg an dieser Stelle aufgrund des hohen Anteils an querenden Radfahrern nicht eingerichtet werden kann, wurde kein straßenverkehrsbehördlicher Handlungsbedarf festgestellt und lediglich bei Bedarf die Einrichtung einer Verkehrshelferstelle für den morgendlichen Schülerverkehr angeregt. Änderungen, die zu einer anderen Beurteilung der Verkehrssituation führen könnten, sind bisher nicht erkennbar. Die Polizei bestätigt zur Schulanfangszeit ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, die Unfalllage ist jedoch weiterhin absolut unauffällig, es wurde kein Verkehrsunfall in den letzten drei Jahren polizeilich registriert.

Nach einer ersten Einschätzung des Landesbetriebs Straßenbau NRW liegen folgende Fakten vor:

- die Unfalllage ist seit Jahren nicht auffällig
- die Verkehrsmenge ist für eine Landesstraße eher gering
- eine Querungshilfe ist vorhanden
- die Sichten sind sehr gut.

Aus Sicht des Landesbetriebes ist derzeit kein Bedarf für eine Fußgängerlichtsignalanlage erkennbar.

Ob die örtlichen und technischen Möglichkeiten überhaupt gegeben wären, wurde daher noch nicht geprüft. Zum jetzigen Zeitpunkt wird die Möglichkeit der Einrichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage jedoch als eher gering eingeschätzt.“

### **Produkt 03.03.01 – Zentrale Leistungen für Schüler/innen und am Schulleben Beteiligte**

Auf die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzungsvorlage 2021/185 wird verwiesen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt mit Schreiben vom 18.11.2021 mehrere Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2022 zur Beratung in den Ausschüssen vor.

Beantragt wird u. a.

- 1.1. Neue Schule Baumittel verschieben auf 2023, 2022 nur Planung 100.000€  
Begründung: Planungsprozess wird länger dauern (s. Rathaus) Haushaltsplan so nicht ehrlich und realistisch.  
(Der grundsätzliche Kostenrahmen von 10.000.000€ sollte in der Finanzplanung aber verbleiben. Eine Reduzierung dieses sehr hohen Ansatzes sollte aber nicht erfolgen, da eine realistische Kostenschätzung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt. Auf die Diskussion zum letztjährigen Haushaltsplan wird verwiesen.)

Die FDP-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 18.11.2021, die veranschlagten Mittel nicht im Haushalt 2022 einzuplanen. Auf die Anlage 3 zur Sitzungsvorlage wird verwiesen.

---

Karl Piochowiak  
Bürgermeister

Hubertus Stegemann  
Fachbereichsleiter

---